Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Parree. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 25 | Mittwoch, den 25. Januar | Jahrgang 1928

Das Land der Mitte.

Von unserem Prager Mitarbeiter.

)(**Prag**, 24. Januar.

An der Reichsstraße, die von Budweis, dem Hauptorte des südlichen Böhmens, nach Mähren führt, steht unweit des kleinen tschechischen Städtchens Lischau ein Gedenkstein, der die stolze Inschrift trägt: „Hier ist der Mittelpunkt Europas." Dieser Stein wurde vor etwa 50 Jahren von den Erbauern der Straße gesetzt, die bei ihren Messungen herausgefunden hatten, daß sich in diesem Punkte der 15. Grad östl. Länge mit dem 50. Grad nördl. Breite schneidet. Daß er deswegen auch der Mittelpunkt Europas sein muß, ist allerdings nicht erwiesen, und man machte auch in Oesterreich wenig Aufhebens von diesem Stein und seiner Inschrift. Als er aber nach dem Weltkriege in den Besitz der neugegründeten tschechoslowakischen Republik überging, erinnerten sich die Staatsgründer gern und oft der Inschrift. Sie betonen mit gewisser Vorliebe, daß die Tschechoslowakei der Mittelpunkt Europas sei und zwar, wie sie durchblicken lassen, nicht nur der geographische, sondern auch der politische und wirtschaftliche.

Wenn wir die Tschechoslowakei das „Land der Mitte" nennen, so wollen wir es damit durchaus nicht mit China, dem asiatischen Reich der Mitte vergleichen, obwohl es auch in ihr manches gibt, das einem Uneingeweihten „chinesisch" anmuten dürfte. Da ist zunächst der „Tschechoslowake", eine Art politischer siamesischer Zwilling, zusammengesetzt aus einem Tschechen und einem Slowaken und der Repräsentant des „Staatsvolkes". Daß auch die Deutschen, Ungarn, Polen und Ruthenen der Tschechoslowakei von Amtswegen zu Tschechoslowaken gestempelt werden, obwohl sie weder Tschechen noch Slowaken sind, daß man ferner eine tschechoslowakische Staatssprache konstruierte, obwohl tschechisch und slowakisch zwei in Wort und Schrift voneinander abweichende slawische Idiome sind und daß schließlich die Mehrzahl der Slowaken von dieser behördlich verfügten Verschmelzung mit den Tschechen gar nichts wissen will, sondern die Einfügung eines „Bindestriches" und die Herausgabe der ihnen versprochenen Autonomie verlangt, sind weitere Eigentümlichkeiten unseres Landes der Mitte. Ueberhaupt wird in diesem Lande viel von Autonomie gesprochen. Auch Karpathenrußland, der östlichste Teil der Tschechoslowakei, das, wie man sagt, gleich den Slowaken „freiwillig" in den tschechoslowakischen Staatsverband eingetreten ist, will seine im übrigen im Friedensvertrag verbürgte Autonomie und die Deutschen in den sogenannten „historischen Ländern" Böhmen, Mähren und Schlesien, denen in den Friedensverträgen das Selbstbestimmungsrecht verweigert wurde, erstreben zumindest Autonomie auf kulturellem Gebiete und einen gewissen Grad von politischer Selbstverwaltung. Da auch die Ungarn des Landes der Mitte zum überwiegenden Teil mit dem herrschenden Stand der Dinge nicht zufrieden sind und nach den Rothermereschen Trauben schielen, so weist die junge Republik heute schon die hauptsächlichste Krankheitserscheinung des alten Oesterreichs auf: das Nationalitätenproblem.

Ohne Karpathenrußland und schließlich auch ohne Slowakei könnte das Land der Mitte ganz gut bestehen, da diese Teile noch auf eine lange Reihe von Jahren kulturelle, wirtschaftliche und auch militärische Passivposten bilden werden. Sie haben für die übrigen Landesteile eigentlich nur den Wert von Kolonien in bezug auf Rohstofflieferung und Aufnahme überschüssiger Intelligenz und Kapitals, auf die Deutschen aber kann der Staat nicht verzichten. Die 3,25 Millionen Deutschen bilden mit den 6,5 Millionen Tschechen das kulturelle und wirtschaftliche Rückgrat des Staates, wobei in beiden Richtungen den Deutschen, wenn nicht das Uebergewicht, so doch die Parität zuerkannt werden muß. Daß man bei der Staatsgründung nicht sie, wohl aber die 2 Millionen wirtschaftlich schwachen, kulturell rückständigen Slowaken heranzog und zum „Mit"-Staatsvolk machte, geschah lediglich aus politischen Gründen. Die Tschechen wollten dadurch einerseits der Fiktion vom slawischen Nationalstaat eine festere Grundlage geben, andererseits die Slowaken an der Verteidigung des Staates gegen eventuelle Revanchegelüste Ungarns stärker interessieren. Auch wären die Slowaken ohne Einräumung einer bevorzugten Stellung für den neuen Staat gar nicht zu haben gewesen.

Von der fixen Idee des slawischen Nationalstaates erfüllt, der die Deutschen naturgemäß widerstrebten, versuchten es die Tschechen in den ersten Jahren, gegen die Deutschen zu regieren, ihren nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Besitzstand mit Hilfe von Gesetzen, administrativen Maßregeln und einer Art unverantwortlicher nationaler Vereinsnebenregierung zu schwächen und so weit als möglich auf tschechische Seite überzuleiten. Gewaltige Schäden hat das Deutschtum in der Tschechoslowakei in dieser Periode erlitten, aber unterzukriegen war es nicht. Aber auch das Ansehen des Staates nach außen und seine innere Festigkeit wurden durch diese Kämpfe mit den Deutschen beeinträchtigt.

Als die allnationale, deutschfeindliche Koalition schließlich an sich selbst zugrunde ging, da der Staat nicht mehr ihr Ausbeutungsobjekt sein wollte, erinnerte man sich der Deutschen. Man forderte sie auf mitzuregieren. Ein Teil folgte diesem Ruf, der andere blieb weiter in der Opposition. Man kann nicht sagen, daß mit diesem Eintritt deutscher Parteien in die Regierung ein Umschwung in der ganzen politischen Konstellation erfolgt sei. Aber eins wurde erzielt: Stillstand im bisherigen antideutschen System, Verhinderung der Wiederbildung der allnationalen Koalition, Zurückdrängung des all zu stark gewordenen sozialistischen Parteieinflusses.

Heute regiert in dem Lande der Mitte eine Regierung der Mitte, abhold allen extremen Experimenten, bedacht auf die wirtschaftliche Konsolidierung, den Ausgleich der nationalen und sozialen Differenzen, und auf die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu den Nachbarstaaten. Je stärker der deutsche Einfluß in der Regierung des tschechoslowakischen Staates wird, desto eher und richtiger wird er jener Aufgabe nachkommen können, zu der ihn die geographische Lage, seine historische, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung bestimmen: Mittler zu sein zwischen Ost und West, Nord und Süd.

Die Hilfe für die Landwirtschaft.

Das Ergebnis der interfraktionellen Verhandlungen.

Von unserer Berliner Redaktion.

:: **Berlin**, 24. Jan. (Drahtb.)

Im Reichstag konzentrierte sich am Dienstag das Interesse weniger auf die Vorgänge im Plenum als vielmehr auf die Verhandlungen des Interfraktionellen Ausschusses, die die Hilfsaktion für die Landwirtschaft betreffen. An den Beratungen nahmen u. a. auch der Vertreter des Reichsfinanzministeriums sowie der Reichsernährungsminister, der preußische Landwirtschaftsminister und der Präsident der Preußenkasse teil.

Der Gedanke, die Rentenbankzinsschulden für das Jahr 1928 zu stunden oder gänzlich zu streichen, wurde fallen gelassen. Diese Zinsschulden im Betrage von 100 Millionen Mark jährlich setzen sich aus drei Gruppen zusammen. 60 Millionen Mark müssen an die Rentenbank abgeführt werden zur Tilgung der Rentenmarkscheine. Sofern hinsichtlich dieser Summe irgend etwas unternommen würde, hätte man voraussichtlich mit dem Einspruch des Reparationsagenten zu rechnen. Weitere 25 Millionen Mark müssen an die Rentenbankkreditanstalt für landwirtschaftliche Kredite abgeführt werden. Da die Rentenbankkreditanstalt im Ausland verschiedene Anleihen aufgenommen hat, so kann eine Streichung oder Stundung dieses Betrages ebenfalls nicht in Frage kommen, da selbst die deutsche Landwirtschaft im Auslande kreditunfähig würde. Der restliche Betrag von 15 Millionen Mark gibt keinen Ausschlag. Angesichts dieser Rechtslage wurden alle Vorschläge, die die Rentenbankzinsschulden betreffen, zurückgezogen.

Da die Landwirtschaft, insbesondere die mittleren und kleineren Betriebe, sich jedoch in einer äußerst schwierigen Notlage befinden, mußten im Interfraktionellen Ausschuß alle nur gangbaren Wege geprüft werden. Man einigte sich dahin, daß zunächst sofort etwas geschehen müsse und daß weiterhin eine große Aktion zur Umschuldung der Landwirtschaft unternommen werden müsse.

Bezüglich der sofortigen Hilfe handelt es sich darum, die Genossenschaftskasse, die von der Preußenkasse zur Zurückzahlung der Kredite gedrängt werde, zu entlasten. Ebenso soll auch der Preußenkasse selbst Erleichterung geschaffen werden, in letzter Hinsicht wird daran gedacht, daß die Reichsbank die oben genannten 60 Millionen Mark Abwicklungskredit übernimmt, so daß die Preußenkasse für diesen Betrag nicht aufzukommen hat. Weiterhin handelt es sich um eine Schuld von 100 Millionen Mark für Düngemittel sowie für Anschaffung von Maschinen und Geräten. Dieser aus der Genossenschaftskasse entnommene Betrag ist buchgemäß, jedoch nicht effektiv zu 80 Proz gleich 80 Millionen zurückgezahlt. Das Reichsfinanzministerium hat sich bereit erklärt, einen Zwischenkredit von 100 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Hiervon könnten die restlichen 20 Millionen-Kredite für Düngemittel usw. abgedeckt werden. Der Rest von 80 Millionen Mark könnte dann von der Preußenkasse für neue Kredite an die Genossenschaften und somit an die Landwirtschaft verwandt werden. Hierdurch wären die Genossenschaften von einer großen Sorge befreit.

Ueber die Frage einer großen Aktion zur Sanierung der Landwirtschaft konnte, wie nicht anders zu erwarten, noch kein abschließendes Ergebnis erzielt werden. Selbstverständlich kann der Reichsfinanzminister nicht allein vorgehen oder sich nur auf den Reichstag stützen; er wird vielmehr mit den Ländern in Verbindung zu treten haben. Soweit wir unterrichtet sind, hat Reichsfinanzminister Dr. Köhler die Absicht, möglichst bald die erforderlichen Schritte zu unternehmen. Der preußische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger ist auch der Ansicht, daß dies der richtige Weg ist. Soweit man die Situation jetzt schon überblicken kann, wird man zu Auslandsanleihen greifen müssen, um zu einer Umwandlung der langfristigen Kredite in kurzfristige zu kommen sowie um eine Verbilligung des Zinsfußes zu erreichen. Die Auslandsanleihen sollen, wie man hört, dezentralisiert, d. h. von den Provinzen aufgenommen werden, um auf diese Weise den verschiedenen Landesteilen Rechnung zu tragen. Der Reichsbankpräsident wird voraussichtlich gegen die Aufnahme solcher Auslandsanleihen nichts einzuwenden haben.

Neben diesen beiden Aktionen sollen Maßnahmen auf dem Gebiet der Steuern Platz greifen. So ist das Reichsfinanzministerium damit einverstanden, daß gewisse Beträge der Vermögenssteuer erlassen, d. h. gestrichen werden, da eine bloße Stundung die Verschuldung der Landwirtschaft nur noch erhöhen würde. Weiter gab der Reichsfinanzminister die Zusicherung, daß die Einkommensteuer und die Umsatzsteuer durch Rahmengesetze für diejenigen Landwirte, die keine Bücher führen, also die kleineren Betriebe, in ihren Abschlußwie auch in den Vorauszahlungen der Absatzlage der Landwirte angepaßt werden sollen. Ferner versprach der Minister die Niederschlagung der Zinsen für Steuerrückstände. Bei Pfändungen, die sich trotzdem nicht umgehen ließen, soll auf die Beachtung der Bestimmungen Rücksicht genommen werden, die eine Störung des Betriebes verhindern sollen.

Von deutschnationaler Seite wird versucht, alle möglichen Fragen mit der Hilfsaktion für die Landwirtschaft in Zusammenhang zu bringen. So verbreitet z. B. die deutschnationale Pressestelle die Meldung, soweit zur Gesundung der deutschen Landwirtschaft gesetzliche Maßnahmen führen könnten, sei eine Aenderung der zoll- und handelspolitischen Haltung des Reiches unumgänglich notwendig; deshalb sähen die Forderungen der Deutschnationalen auch eine Minderung des Gefrierfleischkontingents und entsprechende Grenzsperren für lebendes Vieh sowie auch die Bereitstellung von Mitteln zur Absatzregelung und Produktionsverbilligung auf dem Gebiet des Schweinemarktes in Gestalt des Zollaufkommens aus Vieh- und Fleischeinfuhr vor. Hierzu erfahren wir, daß die Deutsche Volkspartei ungefähr auf dem gleichen Standpunkt steht. Es wäre dringend zu wünschen, daß diese Probleme ganz aus der Diskussion gelassen würden. Denn je mehr Fragen mit der Hilfsaktion für die Landwirtschaft verquickt würden, desto verwickelter wird die ganze Geschichte und die Ausführung der Maßnahmen müßte unnötigerweise auf sich warten lassen. Andererseits ist es aber auch gar nicht möglich, auf zollpolitischem Gebiet plötzlich Aenderungen eintreten zu lassen Wie sollte z. B. die Schweineeinfuhr aus Dänemark gedrosselt werden, die auf Grund des abgeschlossenen Handelsvertrages vorgenommen wird? Niemand verschließt sich der Einsicht, daß der Landwirtschaft geholfen werden muß. Wenn jedoch alle möglichen zollpolitischen Wünsche in die Debatte geworfen werden, so wird das Problem nur unnötigerweise kompliziert.

★

Ein Beschluß der Landbundführer.

:: **Berlin**, 24. Jan. Die am 23. Januar in Berlin versammelten Landbundführer von Brandenburg, Pommern, Schlesien, Oberschlesien, Oldenburg, Thüringen, Hannover, Hessen-Nassau, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Hansestädte Lübeck und Hamburg, Anhalt, Freistaat Sachsen, Westfalen und Provinz Sachsen veröffentlichen eine Erklärung, in der es heißt:

1. Wir dulden keine Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die wir aus eigener Scholle hervorbringen können, insbesondere nicht den Abschluß eines polnischen Handelsvertrages, der nur auf Kosten der Landwirtschaft, besonders auf Kosten der Kleinlandwirte und der Landarbeiter abgeschlossen werden kann;

2. Wir werden unsere Betriebe so schnell, wie die Wirtschaftsform des einzelnen Betriebes es erlaubt, auf die einfachste Form umstellen. Der Zuckerrübenbau wird soweit unterbleiben, als nicht genügend fähige Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden;

3. Wir stehen zu allen von uns eingegangenen Verpflichtungen, können aber Zahlungen an Wechseln, Zinsen, Steuern und Abgaben nur noch aus den aufkommenden Erträgnissen des Betriebes zahlen. Wir werden alles daran setzen, ausreichende Löhne für unsere Arbeiter und Angestellten sicher zu stellen;

4. Gegen eine zwangsweise Befriedigung aus landwirtschaftlicher Substanz werden wir von Fall zu Fall die uns nötig erscheinenden Maßnahmen ergreifen.

Eine Erklärung mecklenburgischer Landwirte.

◆ **Rostock**, 24. Jan. Nach einer Meldung des „Rostocker Anzeigers" haben 88 Landwirte aus dem Amte Waren und Umgegend in einem Schreiben an das Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck erklärt, daß sie nunmehr, nachdem auch ihre letzten Hoffnungen auf ausreichende Ernteweiterentschädigungen wieder getäuscht seien, nicht mehr in der Lage sind, ihre Landessteuern zu zahlen. Sie erklären sich bereit, alle hieraus entstehenden Folgen auf sich zu nehmen.

Umgelernt!

Die örtlichen Sonderzuschläge.

Berlin, 24. Jan. Der Vorsitzende der volksparteilichen Reichstagsfraktion, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, hat in der Frage der örtlichen Sonderzuschläge für die Beamten am 20. Januar einen Brief an den Reichsfinanzminister Dr. Köhler gerichtet, in dem es heißt: Die preußische Regierung hat bezüglich der in den letzten drei Monaten des Vorjahres zur Auszahlung gekommenen örtlichen Sonderzuschläge eine für die Beamten günstigere Regelung getroffen, als die Reichsregierung in ihrer Verordnung vom 16. Dezember. Ich bitte deshalb im Einvernehmen mit meinen politischen Freunden dringend, die Angelegenheit einer Nachprüfung zu unterziehen und sich dem Vorgehen Preußens anzuschließen. Eine solche Regelung wäre auch geeignet, die im Westen bestehende Erregung in der Beamtenschaft über die starke Kürzung der örtlichen Sonderzuschläge zu dämpfen. Augenscheinlich hat die gerade im Westen des Reiches von einzelnen Abgeordneten entfachte Bewegung gegen die Besoldungsvorlage und die damit heraufbeschworene Gefahr ihrer Ablehnung durch den Reichstag auch Sie genötigt, den Abbau der örtlichen Sonderzuschläge stärker vorzunehmen, als es geplant war. Ich benutze diese Gelegenheit auf den am 17. ds. Mts. im Haushaltsausschuß von meinen Freunden Dr. Zapf, Dr. Cremer und Morath gestellten Antrag hinzuweisen, in eine Nachprüfung einzutreten, ob nicht die Sätze der Besatzungszulage erhöht werden können.

★

Das Schreiben des Abg. Dr. Scholz wird in Beamtenkreisen ein gewisses Aufsehen erregen. Denn in ihnen ist bekannt, daß sich gerade Dr. Scholz den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes aus dem Westen gegenüber sehr schroff gegen die weitere Zahlung der örtlichen Sonderzuschläge in den besetzten und ehemals besetzten Gebieten ausgesprochen hat. Dr. Scholz ist nicht nur Vorsitzender der volksparteilichen Reichstagsfraktion, sondern auch des Reichsbundes der höheren Beamten. Es ist anzunehmen, daß man ihm aus ihren Kreisen wegen seiner ursprünglichen Stellungnahme in der Frage der Sonderzulagen energisch zu Leibe gerückt ist. Daß sein Schreiben an den Reichsfinanzminister nicht höher denn als Wahlmache einzuschätzen ist, liegt auf der Hand. Er versucht jetzt gutzumachen, was er damals verbockt hat. Daß das Schreiben den für die Beamten des ehemals besetzten Gebiets gewünschten Erfolg haben wird, erscheint zweifelhaft.

Beseitigung des amtlichen Einheitsstimmzettels?

○ **Berlin**, 24. Jan. Zu dem Meinungsaustausch der größeren Parteien des Reichstages über die Frage, wie man das Ueberhandnehmen der Splitterparteien eindämmen könnte, erfährt das Nachrichtenbüro des V. D. Z. aus parlamentarischen Kreisen, daß die Absicht besteht, noch vor den Neuwahlen durch einen gemeinsamen Initiativentwurf eine Gesetzesänderung herbeizuführen. Auch die Sozialdemokraten haben sich an diesem Meinungsaustausch, der sich aber noch nicht zu Verhandlungen verdichtet hat, beteiligt und ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zu einem gemeinsamen Vorgehen mit den übrigen Parteien erklärt. Zur Diskussion stehen verschiedene Vorschläge. So wird neben der Hinterlegung eines Geldbetrages oder der Unterschriften der Hälfte der für ein Mandat erforderlichen Wahlberechtigten die Beseitigung des gegenwärtig von Amtswegen gelieferten Einheitsstimmzettels empfohlen. Die letzte einfachste Lösung würde zur Folge haben, daß die Parteien selbst wieder ihre Stimmzettel bis ins kleinste Dorf verteilen müssen, wozu den Splitterparteien im allgemeinen die erforderliche Organisation fehlen dürfte. Bisher haben sich die beteiligten Parteien noch nicht für einen bestimmten Vorschlag entscheiden können.

Kündigung des Lohn- und Arbeitszeitabkommens im Ruhrbergbau.

:: **Essen**, 24. Jan. In einer heute hier abgehaltenen gemeinsamen Sitzung der Vertreter der vier Bergarbeiterverbände wurde beschlossen, das Ueberarbeits-Abkommen für den Ruhrbergbau und die Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 30. April 1928 zu kündigen.

★

Verhandlungen über die Arbeitszeit im Aachener Steinkohlenbergbau.

◇ **Köln**, 24. Jan. Vor dem ständigen Schlichter im Bezirk Rheinland fanden heute Verhandlungen über die Arbeitszeit für den Aachener Steinkohlenbergbau statt. Die für die Untertagschicht vorgesehene Arbeitszeit soll nach dem Schiedsspruch auch weiterhin bestehen bleiben, mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Wurm-Reviers und die Entscheidungen an der Ruhr, sowie für Holland und England. Bezüglich der Uebertagearbeiten ist ein Schiedsgericht vorgesehen, das nach Besichtigung der Betriebe und nach Verhandlungen an Ort und Stelle endgültig entscheiden soll. Die ganze Regelung soll im Oktober ablaufen. Die Arbeitnehmer lehnten den Schiedsspruch aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Die Arbeitgeber wollen sich bis morgen erklären.

Verhandlungen zum Schiedsspruch in der Eisenindustrie.

◆ **Essen**, 24. Jan. In der heute in Essen stattgefundenen Sitzung der im Schiedsspruch vorgesehenen Akkordkommission wurde beschlossen, die feste Zulage für die Akkordarbeiter von 19 auf 21 Pfennig zu erhöhen. In der Lohnausgleichsfrage wurde keine Einigung erzielt. Die Verhandlungen darüber finden am Freitag statt.

Der Etat des Auswärtigen Amtes.

Dr. Stresemann im Reichshaushaltsausschuß.

◆ Berlin, 24. Jan. Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte heute die Einzelaussprache über den Haushalt des Auswärtigen Amtes fort. Abg. Stroecker (K.) fragt nach den Waffentransporten, insbesondere für China.

Außenminister Dr. Stresemann erklärte, die Prüfung der Angelegenheit sei noch nicht abgeschlossen, sie werde weiter gefördert werden. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen erklärte Dr. Stresemann, der inzwischen Gelegenheit gehabt hatte, sich mit der Reichsmarineleitung in Verbindung zu setzen, folgendes: Das Auswärtige Amt hat von der Marineleitung die formelle Erklärung erhalten, daß keine Reichsmarinestelle irgend etwas mit Waffenlieferungen an China zu tun hat. Abg. Stöcker (K.) behauptet, daß dieses Dementi nicht stichhaltig sei. Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann erklärt hierauf, daß seiner Meinung nach selbstverständlich das Dementi der Reichsmarineleitung besage, daß auch einzelne Persönlichkeiten der Reichsmarineleitung mit den Waffentransporten nach China nichts zu tun haben.

Darauf wurde eine deutschnationale Entschließung angenommen, wonach die Vereinigten Presseabteilungen der Reichsregierung durch den Reichssparkommissar in Hinsicht auf Möglichkeiten von Einsparungen durchgeprüft werden sollen.

Reichsminister Dr. Stresemann warnte davor, das System der Sozialattachés auszudehnen. Für die übrigen Attachés sei es dann nicht einzusehen, warum sie erst eine sorgfältige volkswirtschaftliche Ausbildung erhielten. Auch besteht bei einer Detaillierung der Ausgaben der Attachés die Gefahr, daß unter den jungen Herren Wirtschafts- und Sozialpolitik als Dinge betrachtet werden, die für seine Leute nicht in Frage kommen. Erstaunlich sei es, wie wenig Söhne von Kaufleuten sich für den diplomatischen Dienst melden. In der Hauptsache seien die Bewerber Söhne von Beamten und aus Adelskreisen. Der Prozentsatz der Berücksichtigung des Adels entspreche aber nicht dem Prozentsatz der Anmeldungen, sondern sei viel niedriger.

Ein kommunistischer Antrag, die Botschaft am Vatikan zu streichen, wurde abgelehnt.

Der Rest des Etats wurde darauf genehmigt. Auch wurde ein neuer Titel in die einmaligen Ausgaben eingesetzt, wonach für die deutsche Liga für den Völkerbund 60000 Reichsmark bewilligt werden.

Nächste Sitzung Mittwoch: Etat des Ernährungsministeriums.

Das Kriegsschädenschlußgesetz.

Berlin, 24. Jan. In der heutigen Sitzung des Reichstagsausschusses für Entschädigungsfragen nahm Ministerialdirektor Dr. Dorn vom Reichsfinanzministerium das Wort zur Erwiderung auf die von den Ausschußmitgliedern an dem Entwurf geübte Kritik. Er erklärte, das Ministerium habe sich absichtlich bei den Verhandlungen mit den Geschädigten nicht durch höhere Beamte vertreten lassen, weil den Interessenten Gelegenheit zu einer ganz unbeeinflußten Erörterung ihrer Wünsche gegeben werden sollte. Bei der Feststellung des Begriffes der „angemessenen Entschädigung" sei entscheidend nicht der Versailler Vertrag, sondern das deutsche Recht. Artikel 153 der Reichsverfassung sieht vor, daß die Enteignung gegen angemessene Entschädigung zu erfolgen hat, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt. Hier ist durch ein Reichsgesetz eine bestimmte Regelung getroffen worden. Ein Rechtsanspruch auf volle Entschädigung besteht also nicht; darum läßt sich auch kein rechtlicher Einwand gegen die in der jetzigen Regierungsvorlage vorgesehene Höchstgrenze erheben. Praktisch würde die Aufhebung der Höchstgrenze eine Mehrbelastung des Reiches um 150 Millionen zugunsten von nur 20 Interessenten bedeuten. Ministerialdirektor Dr. Dorn erörterte dann — teilweise vertraulich — die Gründe, die nach Ansicht der Regierung gegen eine Erweiterung des Kreises der Entschädigungsberechtigten bestünden. Die Einbeziehung der Ausgleichsgläubiger in das vorliegende Gesetz sei nicht zweckmäßig. Bei der Besprechung der Entschädigungssätze berechnete Ministerialdirektor Dr. Dorn die Kosten des sozialdemokratischen Antrages auf 922,2 Millionen, also auf einen Betrag, der hinter den Kosten der Regierungsvorlage zurückbleibt.

Die Vorlagen des Reichswirtschaftsrats würden für die Barzahlungen einen Mehraufwand von 115 Millionen notwendig machen. Die demokratische Forderung einer sofortigen Ausschüttung von 100 Millionen würde bei ihrer Durchführung den großen Teil der für die Barzahlungen bereitgestellten Mittel anfzehren und außerdem könne die Schlußlösung wieder nur eine Teillösung bringen.

Am Mittwoch soll die Einzelberatung beginnen.

Die Arbeitsgemeinschaft für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden hat dem Reichstage eine Denkschrift vorgelegt, die ihre Anträge zu der gesetzlichen Regelung der Entschädigungen für Liquidations-, Gewalt- und Rußlandsschäden zusammenfaßt.

Die Fememörder in Plötzensee.

Protesttelegramme an den Reichspräsidenten und den Justizminister.

◆ Berlin, 24. Jan. Die zuständige Berliner Staatsanwaltschaft hat die vier im Fememord-Prozeß Wilms zum Tode Verurteilten ehemaligen Mitglieder der ehemaligen Schwarzen Reichswehr, Oberleutnant a. D. Schulz, Feldwebel Klapproth, Umhofer und Fuhrmann aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit in das Zuchthaus Plötzensee überführt.

In die Gnadenaktion für Schulz ist, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erfährt, jetzt auch der Reichsjustizminister Hergt einbezogen worden, bei dem die Generale Teschner und von Gontard vorsprachen, um eine Intervention zugunsten der Verurteilten zu erbitten. Außerdem haben der Nationalverband Deutscher Offiziere und der Deutsche Offiziersbund sich beim Reichswehrministerium für Schulz und Genossen verwendet. Das Wehrministerium hat sich nicht ablehnend verhalten.

Der Reichstagsabgeordnete von Graefe hat beim Büro des Reichspräsidenten angefragt, aus welchem Grunde die Ueberführung erfolgt sei. Beim Büro des Reichspräsidenten sei jedoch von der Tatsache der Ueberführung bis heute mittag nichts bekannt gewesen. Ferner haben die Verteidiger, Justizrat Hahn und Rechtsanwalt Dr. Sack, sich in längeren Protesttelegrammen an den Reichspräsidenten, den preußischen Justizminister und den Präsidenten des Strafvollzugsamtes gewandt und darauf hingewiesen, daß die Internierung in der Strafanstalt Plötzensee nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspreche. Die Verteidigung hat nämlich bereits in der vorigen Woche den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt und vom Schwurgericht I und dem Landgericht III die Mitteilung erhalten, daß den Verurteilten, bezw. deren Verteidiger eine Frist von drei Wochen zur Einreichung des Wiederaufnahmeantrages eingeräumt werden. Wie ferner von der Korrespondenz gemeldet wird, sei die Ueberführung ganz überraschend gekommen, ohne daß die Verteidiger, wie sonst üblich, vorher benachrichtigt worden seien.

Eine Entschließung des Preußischen Staatsministeriums darüber, ob hinsichtlich der in dem sogenannten Fememordprozeß Wilms ergangenen Todesurteile von dem Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht werden soll, ist, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, noch nicht erfolgt, vielmehr ist das zur Vorbereitung dieser Entschließung erforderliche Gnadenverfahren noch nicht abgeschlossen. Aus der Tatsache, daß die Verurteilten nach Rechtskraft des Urteils aus dem Untersuchungsgefängnis in das Strafgefängnis Plötzensee übergeführt worden sind, kann ein Schluß auf den Ausgang des Gnadenverfahrens nicht gezogen werden.

Abschluß der ersten Lesung des Reichsetats.

Die Ruhrentschädigungen.

× Berlin, 24. Januar.

Die heutige Reichstagssitzung brachte den Abschluß der ersten Beratung des Haushaltsplans für 1928.

Abg. Koch-Weser (Dem.)

erklärte, er wolle im Interesse einer gesunden Arbeitsteilung die Oppositionsreden gegen die Regierung den Regierungsparteien überlassen. Dem Abg. Dr. Quaatz erwidert der Redner, daß es sich bei den Studenten, gegen die sich der preußische Kultusminister gewandt habe, nicht um eine großdeutsche, sondern um eine antisemitische Bewegung handele. Die Verfassung habe alle Wege zum Einheitsstaat freigemacht. Man müsse nur die verfassungsmäßigen Rechte gebrauchen. Seine Partei gehe von der Notwendigkeit aus, die Selbstverwaltung der einzelnen Landesteile zu stärken und dem Bürokratismus zu Leibe zu gehen.

Zum Einheitsstaat komme man auf jeden Fall.

Wenn man aber zögere, komme man zum bürokratischen Einheitsstaat. Alle Konflikte mit Bayern seien nicht über Zuständigkeitsfragen, sondern wegen des Souveränitätsdünkels in Bayern entstanden. Daß der bayrische Ministerpräsident eine Einladung beim Reichspräsidenten aus irgend einer Verstimmung heraus im letzten Augenblick abzusagen wage, sei mit seiner Stellung nicht vereinbar. Der Redner betonte, daß eine Personalunion zwischen dem Reich und Preußen gleichzeitig eine Entrechtung Preußens bedeuten würde. Befremdlich sei es, daß im Zentrum zwischen Verfassungspartei und republikanischer Partei unterschieden werde. Mit Genugtuung stellte der Redner fest, daß sich auch die Deutsche Volkspartei für den dezentralisierten Einheitsstaat erklärt habe. Man könne gewiß einmal, so erklärte er weiter, ohne die Sozialdemokraten regieren, aber nicht gegen die Sozialdemokratie. Nur wenn sich in allen Schichten der Bevölkerung die Ueberzeugung halte, daß ein Aufstieg der unteren Schichten im Interesse des Gesamtwohles liege, lasse sich revolutionäre Gesinnung in diesen Schichten niederhalten.

Das Jahr deutschnationaler Ministerherrlichkeit

habe dazu geführt, die Sozialdemokraten zu stärken und zu radikalisieren. Stillstand und Reaktion, so schloß der Redner, seien genau so gefährlich wie Revolution.

Reichswehrminister Groener

erklärte, die Reichsregierung werde sich bis zur Beratung des Reichswehretats darüber schlüssig werden, ob der Saemisch-Bericht zur Phoebus-Affäre veröffentlicht werden soll oder nicht.

Abg. Torgler (Komm.)

wendet sich gegen die Ausführungen der Abgeordneten Frau Golke. Hinter Frau Golke ständen nur ein paar Dutzend Arbeiter. Auch sie würden bald wieder zur KPD zurückkehren, wenn sie von der

Linie der Frau Golke

genug haben. (Heiterkeit.) Abg. Severing habe nur seine Visitenkarte abgegeben als künftiger Innenminister an Stelle Keudells. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Mentzel (Dn.)

verlangte größeren Schutz für den gewerblichen Mittelstand gegen die Konkurrenz des Hausierhandels und gegen die Selbstversorgungsbetriebe der Beamten.

Damit schloß die allgemeine Aussprache.

Der Antrag Stöcker (Komm.) auf Vorlegung des Berichtes zur Phoebusaffäre wurde im Hammelsprung mit 173 gegen 143 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten mit der Linken auch die völkischen Gruppen und die Mitglieder des Bayrischen Bauernbundes.

Hierauf wurde die Aussprache über

Die Ruhrentschädigung der Industriellen

fortgesetzt.

Ministerialdirektor Dr. Dorn:

Die Regierung habe im Anschluß an die Ausschußberatungen der Ruhrentschädigung eine Summe von 30 Millionen zur Unterstützung der geschädigten Mittelstandskreise und Arbeitnehmer im Ruhrgebiet zur Verfügung gestellt. Damit sei die Forderung des Ausschuß erfüllt worden.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.)

begründete folgenden Antrag seiner Freunde: „Der Reichstag mißbilligt auf das schärfste die von dem Untersuchungsausschuß festgestellten Vorgänge."

Abg. Esser (Z.)

erklärte, die Debatte habe keinen Anlaß gegeben, das Votum des Ausschusses irgendwie zu ändern. Das Zentrum beantrage deshalb mit Unterstützung der übrigen Regierungsparteien: „Der Reichstag nimmt den Bericht des Ausschusses entgegen und schließt sich dem Votum des Ausschusses an."

Damit schloß die Aussprache.

Präsident Loebe

erklärte, der kommunistische Antrag, der die für die Ruhrentschädigung verantwortlichen Minister vor den Staatsgerichtshof stellen will, könne nicht zur Abstimmung kommen, weil er nicht die in einem solchen Fall erforderlichen 100 Unterschriften habe.

Der sozialdemokratische Antrag, der die Einziehung der Ueberzahlungen und ihre Verteilung an die geschädigten Gewerbetreibenden und Arbeitnehmer verlangt, wurde in namentlicher Abstimmung mit 193 gegen 173 Stimmen abgelehnt.

Dafür stimmten mit den Sozialdemokraten auch die Kommunisten, Völkischen, die Wirtschaftspartei und der Bayerische Bauernbund.

Nach Ablehnung aller weiteren Anträge wurde der Antrag der Regierungsparteien auf Anerkennung des Ausschußvotums angenommen.

Nunmehr begann die zweite Beratung des Etats mit dem Etat des Reichsjustizministeriums. Nach Entgegennahme des Ausschußberichts wurde die Beratung gegen 18 Uhr auf Mittwoch 15 Uhr vertagt.

Das Niederlassungsrecht in Polen.

○ Berlin, 24. Jan. (Drahtb. unserer Berliner Redaktion.) Die polnische Regierung hat zu der Verordnung, die am 31. März in Kraft treten soll, eine Sonderregelung des Niederlassungsrechtes in den Grenzgebieten und zwar für einen Gürtel von 30 Kilometern vorgenommen. Wie das „Berliner Tageblatt" mitteilt, ist der Wortlaut der neuen Verordnung an Berliner zuständiger Stelle noch nicht bekannt. Immerhin darf daran erinnert werden, daß zwischen Deutschland und Polen ein Abkommen über das Niederlassungsrecht getroffen wurde, was freilich noch nicht in Kraft getreten ist, das aber in Geltung gesetzt werden soll, wenn auf handelspolitischem Gebiete ein Vertragszustand geschaffen sein wird. Die polnische Verordnung, wie sie in den Einzelheiten gestaltet ist, befremdet dadurch, daß sie durch einen einseitigen innerpolitischen Akt eine Materie zu regeln versucht, über die zur Zeit diplomatische Verhandlungen schweben.

Albert Thomas in Berlin.

:: Berlin, 24. Jan. Der Direktor des internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, ist heute, von Warschau kommend, in Berlin eingetroffen. Er hat heute mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns Besprechungen über verschiedene sozialpolitische Fragen.

◆ Berlin, 24. Jan. Direktor Thomas vom Internationalen Arbeitsamt stattete heute in Begleitung des Sektionschefs Töne auf der Durchreise dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns Besuch ab. Bei dieser Gelegenheit wurde eine Reihe schwebender Fragen erörtert. Im Anschluß daran besichtigte Direktor Thomas die soeben im Reichsarbeitsministerium fertig gestellte Ausstellung über die Arbeitsgebiete des Reichsarbeitsministeriums.

Die Autonomistenbewegung im Elsaß.

:: Paris, 24. Jan. Der Ministerrat hat auf Vorschlag Poincarés ein Dekret betreffend die Auflösung des Gemeinderates von Hagenau wegen seiner Haltung in der Autonomistenbewegung genehmigt. Dem Gemeinderat wird zur Last gelegt, zwei von den radikalen und sozialistischen Gemeinderäten vorgelegten Entschließungen abgelehnt zu haben, von denen die eine die Wiederherstellung der vor 1870 im Gebrauch gewesenen Stadtfarben forderte, die andere eine Glückwunschadresse an die Regierung anläßlich ihrer Maßnahmen gegen die Autonomistenbewegung enthält.

Der deutsch-französische Handelsvertrag der französischen Kammer zugeleitet.

○ Paris, 24. Jan. In der Kammer ist heute nachmittag der Gesetzentwurf betr. die Billigung des am 16. August 1927 unterzeichneten deutsch-französischen Handelsvertrages verteilt worden. Die Begründung lautet wie folgt: Das deutsch-französische Handelsabkommen stellt somit vom juristischen wie vom politischen Standpunkt aus das vollkommenste Instrument dar, das zwei Regierungen seit dem Kriege verwirklicht haben. Es war in der Tat von Bedeutung, daß, damit die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland so friedlich blieben und so fruchtbar wie möglich sich gestalteten, eine verbesserte Regelung an die Stelle gewisser Bestimmungen des Versailler Vertrages trat, die seit dem 10. Jan. 1925 hinfällig geworden waren, und daß diese Regelung von dem Geist einer für die Entwicklung der zwischen den beiden Ländern notwendigen Zusammenarbeit bis zur Wiederherstellung normaler Beziehungen in Europa getragen war. Weil das am 16. August 1927 abgeschlossene Abkommen sich von dieser Auffassung leiten läßt und diese Bemühung verwirklicht, hat die Regierung die feste Hoffnung, daß dieses Abkommen vom Parlament gebilligt werden wird.

Die Militärdienstzeit in Belgien.

● Brüssel, 24. Jan. In der heutigen Abendsitzung der gemischten militärischen Kommission schloß der Chef des Generalstabes der Armee seine eingehenden Darlegungen über den gegenwärtigen Zustand der belgischen Armee mit den Worten: Eine zehnmonatige Dienstzeit bedeutet für Belgien ein sehr großes Risiko. Auf alle Fälle sind wir vom Standpunkt einer Deckung des Landes durch sechs aktive Divisionen des Heeres, was die Dauer der Dienstzeit anbetrifft, an der äußersten Grenze der Möglichkeit einer Herabsetzung angelangt.

Meinungsverschiedenheiten im englischen Kabinett.

× London, 24. Jan. Der politische Korrespondent der „Daily News" schreibt: Innerhalb des Kabinetts bestehen erhebliche Meinungsverschiedenheiten, die sich besonders auf zwei in der kommenden Parlamentssession einzubringende Gesetzesvorlagen beziehen, nämlich das vom Minister des Innern vorbereitete Fabrikgesetz und die vom Wohlfahrtsminister N. Chamberlain geplante Reform für Armengesetzgebung. Keine von beiden Vorlagen findet bei der konservativen Partei besonderen Beifall. Gerüchte über Rücktrittsdrohungen bestätigen sich nicht, doch ist die Stimmung zweifellos erregt.

Deutsches Reich.

Preußischer Staatsrat.

:: Berlin, 24. Jan. Der preußische Staatsrat trat am Dienstag in einen auf drei Tage berechneten Sitzungsabschnitt ein. Den Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen zur Unterhaltung öffentlicher Brücken wurde zugestimmt. Die Berechnung des Zuschusses soll sich in der Regel nach der Gesamteinnahme an Brückengeldern aus dem Jahre 1926 für Kraftfahrzeuge richten. — Auch gegen den Entwurf, der für die Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder sieben Millionen vorsieht, wurden Einwendungen nicht erhoben. Darauf vertagte sich der Staatsrat auf Mittwoch.

Auflösung einer Ortsgruppe des Roten Frontkämpferbundes.

:: Berlin, 24. Jan. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Preußische Innenminister mit Zustimmung der Reichsregierung die Ortsgruppe Falkenburg in Pommern des Roten Frontkämpferbundes einschließlich der Roten Jungfront aufgelöst, weil aus ihrem Verhalten hervorgeht, daß ihr Zweck im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages steht. Alle militärischen Geräte und sonstigen Gegenstände werden beschlagnahmt und eingezogen.

Feier zum Gedächtnis Franz Schuberts im Reichskanzlerhaus.

:: Berlin, 24. Jan. Zum Gedächtnis des großen deutschen Komponisten Franz Schubert veranstalteten der Reichskanzler und Frau Marx in den Räumen des Reichskanzlerhauses ein geselliges Beisammensein, bei dem der Kammersänger Schusnus und das Dehmann-Quartett Werke von Schubert zum Vortrag brachten. Der Einladung waren die Reichs- und Staatsminister, das diplomatische Korps, die Reichsratsbevollmächtigten, die Staatssekretäre der Reichsministerien sowie Vertreter von Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft mit ihren Damen gefolgt.

Eine Nichte des Papstes von einem Einbrecher erschlagen.

:: Mailand, 24. Jan. Gestern spielte sich in Mailand eine furchtbare Bluttat ab, die nicht nur in ganz Italien, sondern weit über die Grenze der Apenninischen Halbinseln hinaus in der ganzen katholischen Welt ungeheures Aufsehen erregt. Die Nichte des Papstes, Fräulein Angelina Ratti, eine Tochter des Mailänder Seidenindustriellen Fermo Ratti, ist in ihrer Wohnung von einem Einbrecher erschlagen worden. Bisher ist es der Polizei noch nicht gelungen, dem Täter auf die Spur zu kommen.

Antrag auf Nichtigkeitserklärung der Wahlen zur Waldeckschen Landesvertretung.

)!(Willingen, 24. Jan. Die waldecksche Partei, der Wirtschaftsbund hat gestern den Staatsgerichtshof in Leipzig angerufen zwecks Nichtigkeitserklärung der Wahlen der Waldeckschen Landesvertretung. Begründet wird der Antrag, der sich auf ein juristisches Gutachten der Staatsrechtslehrer Professor Giese-Frankfurt a. M. und Professor Arndt-Marburg stützt, mit der ungerechtfertigten und ungesetzlichen Streichung von Kandidaten des Wirtschaftsbundes seitens des Wahlausschusses.

Forderungen zum Schutz deutscher Geisteswerke.

:: München, 24. Jan. Die Deutsche Akademie hat an das Reichsjustizministerium eine Eingabe gerichtet, die einen gesetzlichen Schutz deutscher Geisteswerke, der Literatur, der Tonkunst und der bildenden Kunst gegen eine entstellende und entwürdigende Wiedergabe fordert. Die Eingabe ist von der Mehrzahl der deutschen Universitäten, zahlreichen wissenschaftlichen Akademien und Instituten, Schutzverbänden des künstlerischen und wissenschaftlichen Lebens und etwa 150 hervorragenden Personen unterzeichnet.

Die Munitionstransporte im Kieler Hafen.

:: Berlin, 24. Jan. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat das Reichswehrministerium bereits am 13. Januar die Erklärung abgegeben, daß keine Stelle des Ministeriums einen Auftrag erteilt hat, der mit der Angelegenheit der Munitionstransporte im Kieler Hafen in Verbindung stände. Es scheint sich auch um eine Schiebung zu handeln, deren restlose Aufklärung dem Reichswehrministerium am Herzen liegt. Zuständig sind die polizeilichen Instanzen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Ein Protest des Memelländischen Landtages.

:: Memel, 24. Jan. Der Memelländische Landtag hat in seiner gestrigen Sitzung gegen die Stimmen der Großlitauer und Kommunisten einen Dringlichkeitsantrag angenommen, in dem öffentlich dagegen Protest erhoben wird, daß der Gouverneur durch seinen Akt vom 31. Dezember 1927 die ordentliche Session für 1928 einberufen hat. In Artikel 12 des Statutes für das Memelgebiet sei das Recht des Gouverneurs, die Landtagssitzung einzuberufen, zu schließen oder zu vertagen, ausdrücklich beschränkt auf außerordentliche Sessionen. Das Verfahren des Gouverneurs sei eine Schmälerung der Rechte des Landtages. Die Veröffentlichung des Dringlichkeitsantrages, wie überhaupt der Verhandlung über diesen Gegenstand wurde der memelländischen Presse durch die Zensur untersagt.

Deutschland ratifizierte zuerst.

× Genf, 23. Jan. Der deutsche Generalkonsul Aschmann überreichte heute dem Generalsekretariat des Völkerbundes die Urkunde der vom Reichspräsidenten am 18. Januar vollzogenen Ratifikation für das auf der internationalen Arbeitskonferenz am 15. Juni 1927 angenommene internationale Abkommen über die Krankenversicherung der Arbeitnehmer im Handel, Gewerbe, häuslichen Diensten und Landwirtschaft. Deutschland ist der erste Staat, der die Ratifikation dieses Abkommens vollzogen hat.

Vor einer Arbeiterregierung in Norwegen.

:: Oslo, 24. Jan. Der Fraktionsvorsitzende der Arbeiterpartei, Madsen, ist von seiner Partei ermächtigt worden, dem König mitzuteilen, daß die Grundlage für eine Arbeiterregierung vorliege. Die Partei will gegebenenfalls noch im Laufe des heutigen Abends diejenigen Personen namhaft machen, die der Regierung angehören sollen.

Aus aller Welt.

Einsturzgefahr eines Hauses im Zentrum Berlins.

:: Berlin, 24 Jan. Die Baupolizei hat nunmehr auch im Zentrum Berlins die Räumung eines Hauses angeordnet. Das betreffende Haus, in der Besselstraße gelegen, ist erst im Jahre 1895 erbaut, zeigt jedoch bereits weitklaffende Risse. Der Zustand dieses Gebäudes ist darauf zurückzuführen, daß die Grundmauern sich senken. Das gesamte Gelände ist durch ein in früherer Zeit hier durchgeleitetes schmutziges Gewässer versumpft. Da die Hausbesitzerin nicht in der Lage ist, die notwendigen Stützarbeiten vorzunehmen zu lassen, muß das Haus bis zum 16. Februar geräumt sein.

Interne nationalsozialistische Holzerei.

○ Nürnberg, 24. Jan. In einer im Saalbau Rosen am Montag Abend vom Landsturm der nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Ortsgruppe Nürnberg, einberufenen Versammlung, die sich gegen den Führer der Nürnberger Nationalsozialisten, Landtagsabgeordneten und Stadtrat Hauptlehrer Julius Streicher richtete, kam es zwischen Gegnern und Anhängern Streichers zu großen Schlägereien. Eine Reihe von Versammlungsteilnehmern trug Verletzungen meist leichterer Art davon. Einige der Hauptbeteiligten, bei denen auch Waffen vorgefunden wurden, wurden von der Polizei zwangsgestellt.

Tödlicher Unfall bei einem Skirennen.

:: Basel, 24. Jan. Bei der Sprunglonkurrenz im zentral-schweizerischen Skirennen stürzte der in der Klasse der Senioren startende Hans Regli von Andermatt beim Aufsprung so unglücklich mit dem Kopf auf die Skispitzen, daß er an den Folgen gestorben ist.

Die Durchschwimmung der Straße von Gibraltar wiederum mißglückt.

London, 24. Jan. Wie aus Tanger berichtet wird, ist Fräulein Gleize heute nacht um 12,08 Uhr von Tanger aus zu einem erneuten Versuch zur Durchquerung der Straße von Gibraltar gestartet. Kurz nach 5 Uhr geriet sie jedoch in eine Windhose und wäre beinahe ertrunken. Fräulein Gleize gab ihren Versuch auf und erklärte, daß sie nunmehr ihre Absicht, die Straße von Gibraltar zu durchschwimmen, endgültig aufgegeben habe.

Brennendes Erdöl.

Wiederausbruch des anglo-amerikanischen Petroleumkrieges.

Der Krieg zwischen dem englischen und dem amerikanischen Erdöltrust ist nach einer nicht allzu langen, aber spannungsvollen Atempause mit neuer Wucht ausgebrochen. Der Präsident der anglo-holländischen Royal-Dutch-Shell, Deterding, der nach einem lärmvollen, aber erfolglosen Sturm auf die Standard Oil Co. of Newyork sich fast ausschließlich mit einer heftigen Zeitungspolemik gegen die amerikanischen Feinde begnügte und nur „nebenbei" neue Stationen für das anglo-holländische Erdöl auf dem amerikanischen Kontinent, in nächster Nähe von Newyork bauen ließ, offenbar mit dem Zweck, die Amerikaner zu erschrecken, ist neuerdings wutentbrannt zu neuem Angriff auf die Standard Oil übergegangen, diesmal nicht in Europa und nicht in Amerika, sondern auf dem äußerst wichtigen riesigen asiatischen Markt. Den Anlaß zu der neuen Kampfansage der Royal-Dutch-Shell bildet der höchst interessante und höchst bezeichnende Umstand, daß Standard Oil in der letzten Zeit damit begann, in Indien neben dem amerikanischen nunmehr auch das russische Erdöl einzuführen, und zwar zu niedrigen Preisen, die sich, dank der Nähe der russischen Quellen und der guten Transportbedingungen vom Schwarzen Meer durch den Suez-Kanal, auskalkulieren ließen. Der Vorteil, den sich Standard Oil von der Einführung des russischen Erdöls in Indien verspricht, ist groß. Bisher konnte der amerikanische Konzern gerade in Indien recht schwer mit Royal-Dutch-Shell konkurrieren, weil der anglo-holländische Trust über unmittelbare Erdölquellen in Indonesien und auch in Indien selbst, sowie über eine zentralisierte Verkaufsorganisation verfügt. (Koninklijke Shell bezw. Burmah-Shell-Oil Storage and Distributing Co.) Jetzt aber mit Hilfe des russischen Erdöls hat Standard Oil die Möglichkeit erhalten, die Koninklijke Burmah durch rücksichtslose Preisunterbietungen zu schlagen. Dabei verliert Standard Oil bereits im laufenden Jahre nicht weniger als vier Millionen Dollar, aber die Verluste seines anglo-holländischen Gegners werden zumindest das Dreifache übersteigen. Es kommt noch hinzu, daß die bösen Amerikaner garnicht daran denken, bei Indien stehen zu bleiben, sondern offensichtlich beabsichtigen, auch im gesamten chinesischen Absatzgebiet das russische Erdöl auf den Markt zu schleudern.

Angesichts der bereits erfolgten Verluste und der bevorstehenden, noch größeren Gefahren, hat Deterding schwerstes Geschütz gegen die Amerikaner aufgefahren: er will nämlich die gewissenlose Oil Co. mit . . . Moral schlagen! Er ist außer sich, daß die Standard Oil sich mit dem „gestohlenen" russischen Erdöl befleckt, demselben russischen Erdöl, das nach Ausbruch der Revolution verstaatlicht wurde, und zwar ohne erforderliche Kompensationen für die damaligen Aktienbesitzer. Auf die Vorwürfe Deterdings, die durch seinen Vertreter in Newyork in der amerikanischen Presse veröffentlicht wurden, antwortet nunmehr Standard Oil in einem Ton, der durch seine scharfe Ironie jede Versöhnung unmöglich macht. Standard Oil weist darauf hin, daß die moralische Entrüstung des Herrn Deterding weniger aus seinem verletzten Herzen, sondern vielmehr aus einem durchlöcherten Geldbeutel stammt. Es ist kein Geheimnis, daß Deterding noch vor kurzem recht langwierige Verhandlungen in Baku führte, also wohl es keineswegs prinzipiell ablehnte, an dem „gestohlenen" Erdöl sich die Hände zu wärmen. Erst nach dem Mißerfolg seiner Besprechungen mit dem russischen Erdöltrust hat Deterding sein zartbesaitetes Gewissen entdeckt. Die Amerikaner dagegen, die wohl sehr gern über Moral reden, nur nicht auf dem Gebiet der Geschäfte, haben sehr schnell eingesehen daß Operationen mit dem russischen Erdöl ihnen recht angenehme Gewinne bringen würden. So hat Standard Oil sich veranlaßt gesehen, die Vorwürfe des Leiters der Royal-Dutch-Shell und seine direkten Drohungen abzuweisen und den Engländern offenen Krieg zu erklären.

Die Newyorker Presse hat die Kriegserklärung der Standard Oil mit Wohlwollen begrüßt. Die Deklarationen des allmächtigen amerikanischen Erdölkonzernes sind auf der ersten Seite in Großschrift abgedruckt, während die Gegenerklärungen der Royal-Dutch mit Kleinschrift in entlegenen Spalten der Zeitungen erschienen sind. Dieses Verhalten der amerikanischen Presse ist nicht verwunderlich. Denn an der Spitze der Standard Oil steht kein geringerer als John Rockefeller. Die Pressekampagne gegen Deterding leitet der Pressechef Rockefellers. Dieses bedeutet, daß der Kampf unerbittliche Formen annehmen wird und daß jede der kriegführenden Seiten vor keinen noch so großen Anstrengungen zur Erlangung des Sieges zurückschrecken wird.

Zweifelsohne ist die Royal-Dutch-Shell, die über enorme Erdölquellen nicht nur in Asien, sondern in Amerika selbst, sowie über eine mächtige Flotte verfügt, ein äußerst ernster und gefährlicher Gegner. Die Amerikaner besitzen aber ein mächtiges Mittel, das den Widerstand, auch einer Royal-Dutch-Shell, brechen kann. Deterding wurde in immer steigendem Maße von der amerikanischen Börse unterstützt, die mit jedem Tag in allen großen Unternehmungen der Welt eine größere Rolle spielt als der immer mehr in den Hintergrund tretende Londoner Geldmarkt. Jetzt spricht sich in maßgebenden Kreisen herum, daß Standard Oil sich mit amerikanischen Bankiers (auch mit Morgan?) in Verbindung gesetzt hat, um die Finanzierung der Royal-Dutch-Shell in Newyork zu unterbinden. Wird dieser Plan realisiert, so werden die Siegeschancen der Royal-Dutch-Shell äußerst gering zu bewerten sein.

Im Kampf mit den Engländern scheut der amerikanische Konzern auch nicht vor Maßnahmen zurück, die ihn selbst vorübergehend schädigen. Das Erscheinen des russischen Erdöls auf dem asiatischen Markt kann die amerikanischen Erdölproduktion etwas hemmen. Aber die Amerikaner rechnen großzügig. Zunächst kommt es ihnen darauf an, den englischen Gegner zu besiegen. Das weitere wird sich dann schon ergeben. Wenn man sich überlegt, welche Rolle das Erdöl im wirtschaftlichen und auch im politischen Leben der Nationen heute spielt, so wird man begreifen, daß der anglo-amerikanische Erdölkrieg einer der entscheidenden Faktoren in dem großen, sich immer breiter entfaltenden Kampf Amerikas mit England um die Weltbegemonie bedeutet.

Vermischte Nachrichten.

Neuer Dammbruch der Oste.

:: **Hamburg**, 24. Jan. Im Ostegebiet, daß durch Ueberschwemmungen im letzten Jahre bereits besonders heimgesucht wurde, ist erneut der Damm in einer Ausdehnung von 100 Metern gebrochen, sodaß in der Nähe von Bremervörde eine Hochwasserkatastrophe eingetreten ist. Auch an anderen Stellen ist die Deichkappewiederum überspült worden. Einzelne Bauerngehöfte sind vom Wasser umschlossen, das stellenweise in die Wohnräume eingedrungen ist, sodaß die Bewohner sie räumen mußten.

Bei einem Großfeuer den Tod in den Flammen gefunden.

× **Oberwiesenthal** i. Erzgeb., 24. Jan. Im Stadtteil Unterwiesenthal brannte gestern abend das Anwesen eines Wirtschaftsbesitzers bis auf die Grundmauern nieder. Sämtliche Erntevorräte und das gesamte Mobiliar verbrannten. Der 71jährige Besitzer des Grundstückes, der in das brennende Gebäude zurückkehrte, um irgendwelche Habseligkeiten zu retten, fand in den Flammen den Tod.

Ein deutscher Schleppdampfer mit Besatzung gesunken

:: **Bergen**, 24. Jan. Der Dampfer „Maurita", der im Tau des deutschen Schleppdampfers „Albratos" von Gibraltar nach Bergen unterwegs war, meldet, daß der „Albratos" am Sonnabend im Orkan gesunken ist. Die ganze zehn bis zwölf Personen starke Besatzung ist umgekommen. Die „Maurita" befand sich in außerordentlich schwieriger Lage, da sie kein Feuer unter dem Kessel hatte und sich nur sechs Personen an Bord befanden.

Ein Auto mit sieben Insassen in den Fluß.

◆ **Norwich**, 24. Jan. Ein Automobil, in dem ein Ehepaar mit fünf Kindern einen Ausflug machte, stieß gestern abend auf der Brücke, die über den Shetucket-Fluß führt, mit einem Motorrad zusammen und stürzte in den Fluß. Sämtliche sieben Insassen des Automobils fanden den Tod.

Rundfunk.

Langenberg/468,8. **Münster/241,9.**

Mittwoch, 25. Januar.

13,05—14,30 Uhr: Mittags-Konzert. Leitung: Eysoldt. 1. Unter Brief und Siegel, Marsch, Becher. 2. Loreley-Rheinklänge, Walzer, Strauß. 3. Ouvertüre zur Oper „Figaros Hochzeit", Mozart. 4. Melodien aus „Coppelia". Delibes-Rhode. 5. Zwei ung. Tänze, Brahms. 6. Tenorsoli: a) „Ach, wie so trügerisch" aus „Rigoletto", Verdi. b) Mattinata Leoncavallo. Solist: Leonardo Aramesco. 7. Peer Gynt, 2. Suite, Grieg. 8. Der Matador, Intermezzo. Penn. — 14,30 Uhr: Funkwerbung: Ratschläge fürs Haus. — 15,45—16,15 Uhr: Ewis Borkmann: Frauenstunde. — 16,15—17 Uhr: F. P. A. Leitung: Dr. Hammer Lehrender Dr. Roesgen: Vorführung einer Hilfsschulklasse — 17—17,30 Uhr: Stadtschulrat Schu: „Berücksichtigung der Begabung unserer Kinder durch besondere Einrichtungen der Volksschule" (2). — 17,30—17,55 Uhr: Direktor Michalke vom Landesarbeits- und Berufsamt Düsseldorf: „Die Arbeitslosigkeit als wirtschaftliches Problem". — 18—19 Uhr: Vesperkonzert. Leitung: Eysoldt. 1. Luxemburg-Marsch, Lehar. 2. O schöner Mai, Walzer, Strauß. 2. Ouvertüre zu den „Vier Haimondskindern", Balfe. 4. Melodien aus der Oper „Der Postillon von Lonjumeau", Adam. 5. Aus den Tröstungen, Liszt. Solist: Walter Wiesch. 6. Hochzeits-Szenen, Smetana. 7. Die Glocke von Boston, Moret. — 19,15—19,40 Uhr: Die Stunde des Arbeiters. Architekt Busley: „Wie kommen wir zu billigen Kleinwohnungen?" — 19,45—20,10 Uhr: Prof. Dr. Siegfried Behn: „Fragwürdigkeiten der heutigen Kultur". (9). — 20,10 Uhr: Leichte Musik des Orchesters des Westdeutschen Rundfunks. Leitung: Kühn. Solist: Striens (Baß). 1. Lustige Ouvertüre, Weingartner. 2. Baß-Arien: a) Arie des Fürsten Gremin aus der Oper „Eugen Onegin", Tschaikowsky. b) Arie aus der Oper „Robert, der Teufel", Meyerbeer. 3. Bilder aus dem Süden, Nicode. 4. Als Einlage: Unter vier Augen. Lustspiel in einem Aufzug v. Ludwig Fulda. Spielleitung: Kandner. Dr. Felix Volkart, Arzt, Rud. Rieth. Hermine, seine Gattin, Else Legband-Lefebre. Baron Hubert von Berkow Alexander Maaß. Baumann, Diener. Heinrich Heber. Lotte, Kammermädchen, Klärе Wickert. Szene: Speisesaal bei Dr. Volkart. Wiener Musik. 5. Diesen Kuß der ganzen Welt, Walzer, Ziehrer. 6. Wien bei Nacht, Potpourri, Komzak. 7. Lang ist es her, Walzer, Stolz. 8. Urwiener Tänze nach Motiven der Operette „Wiener Kinder", Schrammel. — Anschließend: Letzte Meldungen. Sportbericht. — Anschließend: Funkwerbung: Mitteilungen aus der Geschäftswelt. — Anschließend bis 24 Uhr: Uebertragung des Konzerts aus dem Cafe Corso, Dortmund. Kapelle: Mario Fioglio.

*

Katholische Morgenfeier im Westdeutschen Rundfunk.

am Sonntag, dem 5. Februar, morgens 9—10 Uhr.

Redner Rektor Josef Außem, Schriftleiter der Schildgenossen, Köln-Mülheim. Mitwirkende: Kirchenchor St. Kunibert (Chorleiter Heinrich Brach), Solist Wilhelm Strienz (Baß), am Flügel Egbert Grape. Vortragsfolge: 1. Chorgesang: a) „Adorabo" Karl Thiel, b) „Das makellose Herz" von Griesbacher. 2. Solo a) Baraks Begrüßung durch Abindam aus „Deborah" von Händel, b) „Wie willig trägt mein Vaterherz", Arie des Manoah aus „Samson" von Händel. 3. Ansprache: „Die Welt des Uebernatürlichen (Engel und Teufel)," Rektor Außem Köln-Mülheim. 4. Solo: „Nein, solch ein Kampf", Arie des Harpha aus „Samson" von Händel. 5. Chorgesang: a) Sanctus und Benedictus aus der Messe von Karl Koch, b) „Nun läßt Du Herr Deinen Diener in Frieden fahren" von Miller.

Wetterbericht.

Essen, 24. Jan. Das ozeanische Tiefdruckgebiet ist ostwärts vorgedrungen und hat sich über Skandinavien und Mitteleuropa ausgebreitet, während die Hochdruckgebiete über Osteuropa und über Frankreich zurückgewichen sind. In Deutschland herrschte heute früh nur noch im Süden schwacher und östlich der Oder mäßiger Frost, während im Nordwesten bei 3—5 Grad Wärme verbreitete Regenfälle eingetreten sind. Vorhersage bis Donnerstag: Fortgesetzt veränderlich und mild, sowie zeitweise Regen.

Handel und Industrie.

Berliner Börse.

:=: **Berlin**, 24. Jan. Bezeichnend für die Umsatztätigkeit außerhalb des offiziellen Börsenverkehrs ist, daß heute vorbörslich angeblich keine 6000 Mark Farben gehandelt wurden, aber auch zu den ersten Kursen war das Geschäft nicht wesentlich größer und das Interesse weiter nur auf Spezialwerte beschränkt. Eine gewisse Beeinflussung erfuhr die Tendenz durch die herrschende Ungewißheit in der Freigabeangelegenheit und die unklare Lage der Arbeiterbewegungen. Kursmäßig nicht einheitlich zeigten die ersten Notierungen Abweichungen von zirka einem Prozent nach beiden Seiten. Fest und bis über ein Prozent höher lagen Spezialwerte, wie Rheinische Sprengstoff, Schlesische Gas, Transradio, Wicking Zement, Oberbedarf, Hohenlohe und Phönix. Bei letzteren erhalten sich die Dividendengerüchte bezw. wollte man von einem Umtausch in Stahlvereinsaktien plus Bonus wissen. Erheblich schwächer eröffneten Byk Gulden minus drei Prozent, Schlesische Bergwerk Beuthen minus vier Prozent, Holzmann minus 2½ Prozent. Für Schiffahrtswerte kamen zunächst Notierungen überhaupt nicht zustande. Die später festgesetzten Kurse lagen etwas behauptet. Nach den ersten Kursen drückte die bestehende Geschäftslosigkeit bis ein Prozent auf das Kursniveau, doch konnte sich, ausgehend von Spezialbewegungen später wieder eine Erholung durchsetzen. Sehr lebhaft waren Elektro Papiere, besonders Schles. Gas und zeitweise Siemens, Oberkoks, Oberbedarf, Rütgerswerke und Deutscher Eisenhandel. Anleihen behauptet, Ausländer geschäftslos, Bosnier und Mexikaner schwächer. Pfandbriefe still und allgemein eher etwas niedriger, Land-Gold bis ¼ Prozent schwächer, 10%ige Ostpreußen, die zirka eine Woche nicht notiert waren, minus 3¾ Prozent. Devisen eher angeboten, europäische Plätze gegenüber dem Dollar fester, Spanien und Mailand schwach. Der Geldmarkt unverändert. Eine an der Börse erwartete Ermäßigung des privatdiskontes ist nicht eingetreten. Dagegen erfuhr der von den Banken festgesetzte Satz für Reportgeld eine Ermäßigung um ½ Prozent auf 7½ bis 8 Prozent. Daraufhin wurde die Stimmung im späteren Verlauf der Börse ausgesprochen fest.

Märkte.

Schweinemarkt Essen-Altenessen.

.!. **Essen**, 24. Jan. Auftrieb 1390 Stück. Es kosteten im Großhandel: Ferkel 6—8 Wochen alt 12—17 *M*, 8—12 Wochen alt 17—26 *M*, Läuferschweine 3—4 Monat alt 26—35 *M*, 4—6 Monat alt 35—60 *M*, größere entsprechend höher. Marktverlauf: langsam.

Hamburger Schweine- und Kälbermarkt.

× **Hamburg**, 24. Jan. Schweine: a) 53—54, b) 52 bis 52½, c) 49—51, d) 40—46, e) 44—49. Auftrieb 8680. Handel mittel. Kälber: a) 80—88, b) 68—76, c) 53—63, d) 35—45. Auftrieb 1146. Handel: ruhig.

Magdeburger Produkten.

:: **Magdeburg**, 24. Jan. Weizen 144—246, Roggen 240—241, Sommergerste 250—265, Hafer 224—226, Mais 210—211, Viktoriaerbsen 400—430, Weizenkleie 15,80—16, Roggenkleie 25,70—25,80 *M*. Alles für 50 kg im Bezirk Magdeburg je nach Lage der Station. Tendenz: stetig.

Produktenbericht.

)) **Berlin**, 24. Jan. Schwächere Auslandsmeldungen und das hier eingetretene Tauwetter wirkten zusammen, dem Markte wieder einen schwächeren Grundton zu verleihen. Die Auslandsforderungen für Weizen waren bis um etwa zehn Guldencents ermäßigt, Geschäft konnte sich aber auch auf dem niedrigeren Niveau nicht entwickeln. Vom Inlande blieb Weizen in allen Qualitäten ausreichend offeriert, gutes Roggenmaterial macht sich dagegen weiter ziemlich knapp, nur für dieses bekunden die Mühlen aber lebhaftere Nachfrage, während sonst die Käufer in ihren Dispositionen sehr vorsichtig sind. Am Lieferungsmarkte gaben die Preise für beide Brotgetreidearten um eine halbe bis eine Mark nach. Das Weizenmehlgeschäft stagniert fast völlig, Roggenmehl hat kleines Konsumgeschäft. Für Hafer zeigt sich etwas schwächere Loconachfrage, auch für den Export wird weiter Material aus dem Markte genommen. Gerste in guten Qualitäten wenig offeriert und gut gefragt, mittlere und geringe Sorten bei reichlichem Angebot vernachlässigt.

Amtl. Produktennotierungen in Berlin am 24. Januar 1928.

(Für Getreide je 1000 kg, für die übrigen Artikel je 100 kg)

	24. 1.	23. 1.		24. 1.	23. 1.
Weizen märk.	233/36	233/236	**Weizenmehl**	30/34	30/34
März	269¼/8 ¾	266	Tendenz	ruhig	beh.
Mai	2-3/3¾	274½/74	**Roggenmehl**	31/33¾	31/33¾
Juli	276½/76	277½/79½	Tendenz	ruhig	fester
Tendenz	matter	matter	**Weizenkleie**	15.2	15
Roggen märk.	238/239	236/239	Tendenz	etw. fester	stetig
März	260¾/61	262¾/63½	**Roggenkleie**	13	13
Mai	265½/67	268½/67½	Tendenz	beh.	stetig
Juli	—	258/57½	**Raps**	345—350	345—350
Tendenz	ruhig	schwach	Tendenz:	beh.	ruhig
Gerste,			**Leinsaat**	—	—
Sommer-	220/270	220/270	Tendenz		
Winter- u.			Viktoriaerbs.	50—56	50 56
Futtergerste	—	—	kl. Speiseerbs	32—35	32 35
Tendenz	stetig	ruhig	Futtererbsen	21—22	21—22
Hafer märk.	201/212	201/212	Peluschken	20 21	20—21
März	—	226½	Ackerbohnen	20 21	20—21
Mai	—	239	Wicken	21 24	21—24
Juli	242	242	Lupinen blaue	14—14½	14—14½
Tendenz	ruhig	ruhig	gelbe	15.7—16.1	15.7—16.1
Mais Waggon frei ab	213/215	213/15	**Seradella** alt	—	—
Hamburg			neu	21—25	21—25
Tendenz	still	ruhig	**Rapskuchen**	19.9—20.1	19.9 20.1
			Leinkuchen	22.1—22.4	22.1—22 4
			Trockenschn.	12.3—12 5	12.3 . 12.5
			Soyaschrot	21.6—21.9	21.6—21.9
			Torfmelasse	—	—
			Kartoffelflock.	23.5/23.7	23.3—23.6

Amtliche Heu- u. Strohnotierungen

(Erzeugerpreise)

ab märkische Station für den Berliner Markt per 50 Kg.

Roggenstroh drahtgepreßt	0.85—1.10	Roggen- u. Weizenstroh bindfadengepr	0.70—0.90
Haferstroh drahtgepreßt	0.75—0.9[illegible]	Häcksel	1.60—1.80
		Heu, handelsübl.	1.10—2.00
Gerstenstroh drahtgepreßt	0.70—0.85	Heu, gutes	2.4—2.80
		Kleeheu	3.4—3.80
Weizenstroh drahtgepreßt	0.80—1.00	Kartoffeln, wß.	—
Roggenlangstr	1.00—1.2[illegible]	„ rote	—
		„ gelbfl.	—

Bremen: Baumwolle

	23. 1. Brief	Geld	bezahlt	24. 1. Brief	Geld	bezahlt
loco	20.84			20.61		
Januar 28	—	—	—	—	—	—
März	20.12	20.10	20.09	19.92	19.91	19.92
Mai	20.17	20.15	20.15	19.95	19.9[illegible]	19.96
Juli	20.00	19.97	19.99	19.81	19.77	—
September	—	—	—	—	—	—
Oktober	19.28	19.18	19.37	19.20	19.16	19.16
Dezember	19.20	19.17	—	19.1[illegible]	19.10	—

Tendenz: ruhig u. stetig

Liverpool: Ostindische Baumwolle

	23. 1.	24. 1.
Loco F. G. Surtee	97[illegible]	960
„ F. G. Broach	930	910
„ F. G. Nr. 1 Oomra	855	835
„ F. G. Americ Sind-Punjab	950	930
„ F. G. Bengal	785	765
„ F. G. Sind	785	765
„ F. G. Tinnivelly	—	—

Liverpool: Baumwolle.

	23. 1.	24. 1.		23. 1.	24. 1.
loco	10.54	10.30	Juli 1928	9.66	9.65
Januar 1928	9.80	9.78	August	9.5[illegible]	9.54
Februar	9.78	9.75	September	9.46	9.45
März	9.78	9.75	Oktober	9.36	9.36
April	9.75	9.72	November	9.30	9.31
Mai	9.74	9.71	Dezember	9.30	9.31
Juni	9.67	9.65	Januar 1929	9.28	9.29

Tendenz: ruhig

	23. 1.	24. 1.
Tagesimport	—	—
Tageslocoverkäufe	8000	7000
Exportverkäufe	200	200
ägypt. Upper F. G. fair loco	1370	1350

New-York: Baumwolle.

	24. 1.	23. 1.		24. 1.	23. 1.
loco	18.65	18.85	Juli	18.01—06	18.30
Januar	18.17	18.35	August	17.92	18.15
Februar	—	—	September	17.50	18.00
März	18.11—13	18.35—36	Oktober	17.56—58	17.8[illegible]
April	—	—	November	17.53	17.83
Mai	18.19—21	18.45—46	Dezember	17.50—51	17.78—80
Juni	—	—	Tendenz:	willig	

Geschätzte Totalzufuhren	—
Baumwollzufuhr in Atlantischen Häfen	3000
„ Golf-Häfen	22000
Export nach England	2000
Export nach dem Kontinent	14000
„ im Innern	6000
Fracht nach Liverpool	40
„ für Standard	55
Export nach Japan und China	1000

In Kauf! In Miete!
PRIEG
Telefonanlagen
für
Post- und Hausverkehr.
Vollautomatische Zentralen
erfreuen sich nach wie vor größter Beliebtheit.
Westfälische Telefon-Gesellschaft m. b. H.,
Industriestr. 1 Münster i. W. Hafenstr. 44—46
Tel.-Nummer 2234 und 1998. d4125
Lassen Sie sich kostenlos beraten.

Meine leistungsfähige Möbelfabrik schafft
Verlobten
ein gemütliches Heim.
Zwangloser Besuch meiner großen Musterläger erwünscht
Zahlungserleichterungen.
Möbelfabrik Rincklake,
Münster i. W. Rothenburg 14/16

Gegen
Feuer
Diebstahl
Einbruch

Der gutsichere „Pohlschröder"
d2846
General-Vertretung und Niederlage
J. G. Niemann, Münster i. W.
Glaspassage.

Neo-Ballistol-Klever-Armeeöl
Vor dem Krieg Patent in allen 34 Patentstaaten
Resorbiert sofort durch die Haut in Blutumlauf — tötet sofort alle Bazillen und beseitigt deren Folgekrankheiten
als Desinficiens
für innerlichen Gebrauch von Mensch und Tier! Desinfektion des gesamten Blutes und aller Organe:
Magen, Verdauungstractus, Galle, Leber, Milz, Blase, Nieren, Gehirn, Altersbeschwerden usw. schnelles Wohlbefinden, ohne jegliche Nebenwirkung, in Kapseln je einhalb Gramm. 100 Stck. Mk. 5,50, 50 Stck. Mk. 3.—, bei 200 Stck frko. Geschmacklos.
Ballistol-Weltliteratur gratis und franko.
Chem. Fabrik F. W. Klever, Köln.

Den Erfolg
Ihrer Arbeit sichern Sie sich durch die Werbekraft Ihrer Anzeigen in
der „Zeno"
Machen Sie noch heute einen Versuch



Danke schön!
Ein gutes Trinkgeld zahlt jeder Gast, wenn man ihm im Hotel seine Stiefel richtig behandelt. Er sieht sofort, daß die Edelpaste Büdo benützt wird. Und gerade diese Creme schätzt der erfahrene Reisende, weil er weiß, daß Büdo den Stiefel elegant erhält und das Leder pflegt. Und Büdo ist doch so bequem, — raschester Glanz und praktischer Dosenöffner. Deshalb:
Nimm
Büdo

Der neue Ford
erregt Sensation!

Kommen auch Sie ihn sehen!

Er ist noch
bis einschl. Donnerstag,
den 26. ds. Mts., ausgestellt.

Fischer & Co.
Münster i. W. **Tel. 2622 u. 4781**

Statt jeder besonderen Anzeige!

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, heute abend meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Großmutter

Frau Ferdinand Lanwer
Anna, geb. Buller

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Sie starb nach kurzer Krankheit, versehen mit den hl. Sterbesakramenten.

Wir bitten um ein Gebet für die liebe Verstorbene.

Oer, Stevede b. Coesfeld. Hagen i.W., Wanne-Eickel, Hiltrup, den 22. Januar 1928.

Die trauernden Angehörigen.

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 26. Januar 1928, morgens 8½ Uhr, von der alten Schule aus. Gleich darauf ist das feierliche Seelenamt.



mit dem
Vergnügungsreisen - Dampfer »Oceana«

1. GROSSE ORIENTFAHRT
vom 9. Februar bis 7. März
Von Genua über Neapel, Messina, Athen, Konstantinopel, Port Said, Haifa, Korfu, Fahrt durch die Bucht von Cattaro nach Venedig. Reisedauer 27 Tage.

2. GROSSE ORIENTFAHRT
vom 8. März bis 3. April
Von Venedig über Bucht von Cattaro, Korfu, Athen, Konstantinopel, Haifa, Port Said, Messina, Neapel nach Genua. Reisedauer 26 Tage.

Fahrpreis für jede Reise RM 800.– und aufwärts

Weitere 2 Mittelmeerfahrten in der Zeit von April bis Mai d. J., ferner 7 Nordlandfahrten in der Zeit von Juni bis September d. J.

Auskünfte und Prospekte über diese Vergnügungs- und Erholungsreisen durch die

HAMBURG-AMERIKA LINIE
Abteilung Personenverkehr
HAMBURG 1 + ALSTERDAMM 25
und die Vertretungen an allen größeren Plätzen

Vertretung in Münster i. Westf.
Fritz Stürmann, Geschäftsstelle im
Reisebüro E. Vendel G. m. b. H., Salzstraße 57

Pianos Flügel
Harmoniums
Ständige Auswahl von ca.
80 Instrumenten
in drei Etagen meines Geschäftshauses. Nur allerbeste Qualitäten zu denkbar billigsten Preisen.
Ratenzahlungen gestattet.
Verlangen Sie sofort Preisliste.
Für Wirte:
Elektr. Klaviere!
Domps Pianohaus
Münster, Prinzipalmarkt 12
Größtes Geschäft Westfalens

Holzverkauf.

Am **Montag, den 30. Januar 1928, nachmittags 2 Uhr,** gelangen im Fürstlich Salm-Salmschen Forstorte „Mesekingsbusch" in **Holthausen** bei Ramsdorf (bei der Holthausener Schule) an Ort und Stelle zur nummerweisen Versteigerung: vl157

90 Kiefern mit 90,53 fm
(Es handelt sich durchweg um lang- und gradschaftige Kiefern; bestes Möbel-, Schneid- und Bauholz.)
5,88 fm Eichen
zu Geschirrholz und Frechtpfählen.
8,46 fm Buchen und
55 rm breitliegendes Laub- und Nadelholzreisig.

Das Holz liegt an sehr guter Abfuhr, Näh. Auskunft erteilt Waldwärter Schütte in Holthausen.

Stadtlohn, den 18. Januar 1928.
Fürstlich Salm-Salmsches Forstamt.

Zur Vergrößerung des Geschäftes ein Kapital von
Mk. 3000.- gesucht.
Gute Sicherheit. 10—12% Zinsen. Offerten unter A L 221 an die Anzeigenverwaltung der Zeno, Münster

Inserieren bringt Gewinn



auch wenn alle Ihre Versuche mit sog. Plattfußeinlagen erfolglos geblieben sind.

Mit Supinator
helfen wir Ihren überlasteten, ermüdeten und schmerzenden Füssen auf ganz natürliche Weise. Wir lassen durch

Supinator
da wo es notwendig ist — Ihre Füße von der Überlast befreien, sie entspannen.

Supinator
wird von theoretisch und praktisch ausgebildeten Fußspezialisten u. Spezialistinnen individuell u. unter Berücksichtigung aller Fuße genehelten auch nach ärztl. Vorschrift

bis zum Enderfolg
angewandt. Fußbeobachtung und Ueberlastungskontrolle im patentierten

„May"-Fußspiegel

Wie ein Glas dem Auge, so wird Supinator auf ganz natürliche, einfache Weise dem Fuß angepaßt. Fachkundige, individuelle Anwendung, auch nach ärztlicher Vorschrift nach vorangegangener kostenloser Fußbeobachtung durch den May-Fußspiegel im Supinatorium

Zumnorde

Münster i. W. Prinzipalmarkt.

Burschen, Knechte
(zum Teil aus dem Industriebezirk),
Gutsbeamte, Schweizer
suchen Stellung
in der Landwirtschaft durch das **Landesarbeitsamt Westfalen und Lippe, Münster i. W.,** jetzt Hansaring 37, Fernruf 4500—4513.

Leghorn
... mit gut. Legerfolg. Hühner, Stelle ... Nachzuchtst. Geflügelhof ... Mergentheim BS ...

Heimarbeit vergibt
B. Holkter Breslau Hb

Junger kath. vl177
Schneider-Geselle
für alle Arbeiten gesucht.
Off. unter M L 20 an den Neuen Emsboten, Warendorf i. Westf.

Zum Frühjahr evtl. auch früher wird auf ein mittl. Gut 180—200 Morg. (Zuchtstall vorhd.), in der Nähe von Billerbeck ein kath. **Landwirtsohn,** der alle Arbeiten mit verrichtet, als **Eleve** gesucht. Familienanschl., Taschengeld. Off. unter K K 160 an Ans.-Verm. M. Fr. Knüppel, Billerbeck i. W. lvm8016

Junge
von 14—17 Jahren, bei Familienanschluß aufs Land gesucht. vl175
Off. unter Nr. „T 5652" an das Bocholter Volksblatt, Bocholt, erbeten od. näher. dort zu erfrag.

Gesuchte Stellen

Junge Schneiderin sucht Stellung als Gehilfin.
Gute Zeugnisse vorhand.
Offert unt. Nr. 6065 an **C. Wüllner, Stadtlohn.** vl173

Modes!
Junge Modistin sucht Stellung als Gehilfin.
Angebote unter A L 223 an die Ans.-Verw. der Zeno, Münster. cvl9104

Suche für meine Tochter Stellung am liebsten für Laden u. Haushalt. Selbige ist 21 Jahre alt und war bei mir mehrere Jahre im Geschäft und Haushalt tätig. Off. unter M 751 an die Münsterische Morgenpost, Münster i. W.

Sattler u. Polsterer sucht Stellung
Offert unter M 754 sind zu richten an die Münsterische Morgenpost, Münster i. W.

An- u. Verkäufe

Suche eine vl178
Landwirtschaft
von 20—50 Morgen, mit Wirtschaft zu pachten evtl. auch zu kaufen. Gute Gebäude Bedingung.
Gefl. Off. unt. Z 134 befördert die Dorstener Volkszeitung in Dorsten.

T. W. S.
Elektromotor
geschlossen, wenig gebraucht, preiswert zu verkaufen. b41
H. Jung.
Lüdinghausen,
Fernruf 140.

Offene Stellen

Suche zum 1. März kath. vm8014
Mädchen
nicht unter 20 Jahren, für Küche, Haus und etwas Garten.
Frau H. Mensing,
Gescher i. W.,
Kirchplatz 6. Tel. 269

Suche zum 15. April ein fleißiges, ehrliches
Mädchen
(kath.), nicht unter 20 Jahren, für alle Haus- u. Gartenarbeiten. Selbiges muß eine Kuh mit melken. Guter Lohn. Dauerstellung. b4177
H. Borgmann,
Bäckerei u. Wirtschaft,
Ahlen i. W.

Für sofort tücht. saub.
Mädchen
für kleinen Haushalt gesucht. Offerten unter F 5653 an das Bocholter Volksblatt, Bocholt erb.

Zum 1. April 1928 wird ein kath. vl176
Mädchen
nicht unter 20 J. für alle Hausarbeit gesucht. Lohn nach Uebereinkunft.
Fabrikant
G. Hagedorn,
Warendorf.

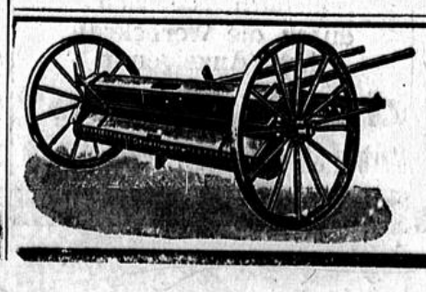
Nach Velp bei Arnhem tüchtiges vl178
Mädchen
in herrschaftliches Haus gesucht. Gefl. Angeb. an
Mev. Zahnarzt
Verdoorn,
Velp bei Arnhem.

Auf einen Hof von 80 Morgen im Kreise Lüdinghausen wird für sofort oder später ein älteres kath. **Mädchen** für alle Arbeit gesucht. Lohn nach Vereinbarung. Jüngeres Mädchen vorhanden. Angebot unter A L 222 an die Ans.-Verw. der Zeno Münster

---

Gut eingeführte
Vertreter
für **Essig-Essenz**
suchen
Dr. E. Suhr & Co.,
K.-G., Ebstorf.

Suche einen guten fleißigen kath. lvm8017
Jungen
als Bauer- und Ackerknecht
möglichst vom Lande. Beste Stellung. Person. wohl 5—8 Jahre daselbst. Kirchspiel Warendorf.
Ang. unt. H S 11 an Ins.-Agent. H. Muesmann, Warendorf.



„Michel"
der erfolgreichste Düngerstreuer
streut ebenso gleichmäßig: das kleinste Quantum Kalkstickstoff, das größte Quantum Kalk.
Fabrikniederlage:
Gebr. Schultz Münster.

Nur

CHEVROLET

Personenwagen

Ein Jahr steuerfrei!

Diese Vergünstigung ist nur auf eine bestimmte Anzahl von Wagen beschränkt.

Nutzen Sie diese Gelegenheit, die nie wiederkehrt! Nur der sofortige Entschluß sichert Ihnen diesen beispiellosen Vorteil.

Westfalenwerk
G. m. b. H.
Münster i. W. **Telefon 3318/19**
Albersloher Weg